

## Menschenrechte umgestossen

Die eidgenössischen Räte haben eine Motion überwiesen, die – vereinfacht gesagt – verlangt, dass Terroristen auch in Folterstaaten ausgeschafft werden können (NZZ 20. 3. 19). Meines Erachtens muss in die ganze Diskussion wieder ein wenig Vernunft einkehren. Viel zu oft höre ich das Wort «Gutmenschen», oder es wird darauf verwiesen, wie unsinnig die Auseinandersetzung über Menschenrechte ist. Ich möchte alle darauf hinweisen, dass diese Menschenrechte und darunter auch das Non-Refoulement-Prinzip nicht irgendein Schwachsinn sind, den sich irgendwer einfach so zum Spass ausgedacht hat: Diese Grundsätze, welche wir Menschen- oder auch Grundrechte nennen, beruhen auf unseren tiefsten Überzeugungen. Sie sind ein fundamentaler Teil unseres Rechtsstaates. Sie wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Schriftform festgehalten, um ein solches Leid in Zukunft zu vermeiden. Es kann nicht sein, dass unser Parlament, welches unsere Rechte einhalten sollte, unsere fundamentalsten Überzeugungen umstossen kann. Denn Fakt ist: Wenn wir damit beginnen, Menschen in Staaten auszuschaffen, in denen ihnen Folter oder sogar der Tod droht, sind wir selbst die Folterer und Henker dieser Menschen.

Jessica Gauch, Freiburg i. Ü.

## Bildung und Chancengleichheit

Mit pädagogischer Begründung wendet sich Prof. Walter Herzog gegen die Vorschläge des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) für mehr Chancengerechtigkeit im schweizerischen Bildungssystem (NZZ 29. 3. 19). Chancengleichheit sei bloss ein sekundäres Kriterium: Es reiche aus, wenn alle wenigstens so viel Bildung erhielten, wie es brauche, um in einer modernen Gesellschaft ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Diese Auffassung ist strukturblind und individualistisch verkürzt. Sie verkennt die unerwünschten Folgen sozialer Ungleichheit, die das Bildungssystem selbst produziert, wenn nicht Leistung, sondern soziale Herkunft den Bildungserfolg bestimmen. Genau

darum aber geht es im Vorstoss des SWR: Wenn vier- bis sechsmal mehr Jugendliche mit akademischen Eltern zur Matura gelangen als solche aus bildungsfernen Schichten, so hat das zu einem erheblichen Teil mit Selektionskriterien zu tun, die eben nicht leistungsbezogen sind. Im Effekt nehmen viele mittelmässig begabte Jugendliche aus der Mittelschicht intelligenteren Jungen aus sozial benachteiligten Schichten den Platz am Gymnasium weg. Diese Ineffizienz des teuren Bildungssystems durch mehr Leistungs- statt Herkunftsauslese zu korrigieren, ist das einzige Ziel der SWR-Empfehlungen. Im Übrigen wechselt Herzog den Expertenbericht «Soziale Selektivität» mit den eigentlichen Empfehlungen: Der SWR will keine Akademisierung und keine Steigerung der Maturandenquote, denn er weiss um den hohen Wert der exzellenten nicht akademischen Berufsausbildung für unsere Wirtschaft. Er klammert sich auch nicht an Einzelmassnahmen wie die Abschaffung der Studiengebühren usw. Vielmehr plädiert er für Augenmass bei den Reformen und Rücksicht auf die föderale Vielfalt.

Wolf Linder, Bern, Mitglied des SWR

## Mangelndes Wissen über den Hirntod

In der NZZ vom 28. 3. 19 wurde im Artikel «Sind Organspenden von Hirntoten tabu?» unser Verein Äpol (Ärzte und Pflegefachpersonen gegen Organspende am Lebensende) vorgestellt. Im Kommentar «Ein unnötiges Todesurteil für viele» wurde unsere Forderung, Organentnahmen bei Sterbenden zu verbieten, dem Argument gegenübergestellt, dass möglichen Organempfängern so die Chance, weiterzuleben, verwehrt wird. Hierzu möchten wir kurz Stellung nehmen.

Als Ärzte und Pflegefachpersonen liegt uns das Wohl der Menschen am Herzen, selbstverständlich auch das jener Menschen, die krank sind und auf ein Organ warten. Allerdings kann die medizinische Forschung heutzutage keine Aussagen darüber machen, wie die Erlebnisfähigkeit von hirntoten und sterbenden Menschen ist. Auch im Deutschen Ethikrat, der den Hirntod 2015 als Kriterium für einen Organspende-Eingriff zu bewerten hatte, war ein Viertel der Mitglieder der Ansicht, dass der Hirntod nicht ausreicht, um eine derartige Operation durchzuführen. Wir sind der Meinung, dass sich Organspender am Lebensende auf einen Eingriff einlassen, zu dem es keine Informationen über mögliche Risiken und Nebenwirkungen gibt. Das kommt einem Experiment mit unbekanntem Ausgang gleich. Ärztinnen und Ärzte sind dem ethischen Gebot des Nichtschadens verpflichtet. Sie dürfen keine Eingriffe vornehmen, bei denen sie die Folgen nicht abschätzen können und die einem Menschen Schaden zufügen könnten.

Störend ist in unseren Augen zudem, dass nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass Organspender die notwendigen Informationen erhalten und verstanden haben. Im Falle eines operativen Eingriffs gibt es Regeln, die bei der Patienteninformation befolgt werden müssen. Patienten müssen persönlich über den Ablauf des Eingriffs und über Risiken und Nebenwirkungen

informiert werden. Wir fordern, dass auch bei Organentnahmen diese Regeln befolgt werden müssen. Die Lektüre von Broschüren und Webseiten genügt da keineswegs, denn aufgrund vieler persönlicher Gespräche wissen wir, dass die meisten Menschen den Unterschied zwischen einem Hirntoten und einer herkömmlichen Leiche nicht kennen.

Auch für uns ist die Gegenüberstellung von möglichen Organempfängern und Sterbenden ein grosses ethisches Dilemma. Wir sind gleichwohl zur Einsicht gelangt, dass, auch aufgrund des begrenzten medizinischen Wissens über das Sterben und die Phase nach dem Hirntod, das Risiko der Organtransplantation am Lebensende für Spender nicht in Kauf genommen werden kann.

Alois Beerli und Alex Frei, Vorstand Äpol

## Gelbe Schleifen

Die gelben Schleifen in Katalonien (NZZ 28. 3. 19) sind kein Symbol der Unabhängigkeitsbewegung. Sie verlangen vielmehr die Freilassung von neun Gefangenen aus der schon über ein Jahr dauernden Untersuchungshaft und die sichere Rückkehr von sieben Exilierten. Die Anklage der spanischen Justiz gegen den katalanischen Präsidenten Quim Torra hat zum Zweck, ihm die Ausübung seines Amtes zu verunmöglichen. Der spanische Staat versucht damit ein weiteres Mal, das politische Problem der Beziehungen zwischen Spanien und Katalonien mit der Strafjustiz zu lösen anstatt auf demokratischem Weg.

Monika Diethelm-Knoepfel, Uzwil

## Gender-Sprache

Mutter, Tochter und Schwester enden in unserer Sprache mit -er. Sind sie deshalb männlich? Zuschauer, Zuhörer und Leser enden auch auf -er. Die Endung -er lässt nicht zwingend auf das männliche Geschlecht schliessen. Vielmehr weist die Endung auf etwas Wirkendes hin. Das tönt diffus, unklar. Ja, jede Sprache ist diffus, unklar. Sie verändert und entwickelt sich im Lauf der Jahre, der Jahrhunderte und Jahrtausende. Warum? Durch ihren Gebrauch. Menschen und ihre Umwelt verändern die Sprache, zunächst die mündliche, später die schriftliche. Dieser Vorgang ist natürlich, und wir gehören auch zur Natur. Plötzlich neu aufgezwungene Regeln können wir zum Teil nicht begreifen, und wir bleiben deshalb bei der althergebrachten Sprech- und Schreibweise. Ein Beispiel: Seit zwei Jahrzehnten soll man nach Duden «aufwändig» sprechen und schreiben und nicht «aufwendig». Es stamme vom Substantiv «Aufwand» ab und nicht vom Verb «aufwenden». Tja, wer war zuerst? Das Huhn oder das Ei? Also, ich schreibe weiterhin «aufwendig» – die NZZ ist auch dieser Meinung. Zurück zum Geschlecht: Was ist mit den Begriffen Sonne und Mond? Die Grammatik macht sie «weiblich» und «männlich» – im Italienischen und im Französischen haben sie das gegenteilige Geschlecht, oder, besser gesagt, das komplementäre. Leben wir doch mit und in der Natur. Wir sind ja ein Teil von ihr und können gar nicht anders.

Jürg Knobel, Geroldswil

### TRIBÜNE

# Geldpolitik verträgt keine Schnellschüsse

#### Gastkommentar

von RETO FÖLLMI und FABIAN SCHNELL

Seit über zehn Jahren befinden sich die Schweizer und die europäische Geldpolitik im Krisenmodus. Neben der grossen Bilanz der Nationalbank verdeutlichen dies hierzulande die seit vier Jahren geltenden Negativzinsen. Letztere stehen in jüngster Zeit in der Kritik. Dies schon deshalb, weil Negativzinsen das im Bewusstsein der Gesellschaft verankerte Prinzip, wonach der Sparer «belohnt» werden muss, unterminieren. Viele Stimmen forderten deshalb in den vergangenen Wochen eine geldpolitische Umkehr. Die Funktionsweise moderner Zentralbankpolitik und ihre Kommunikation bringen es aber mit sich, dass ein solcher Politikwechsel mit einem hohen Glaubwürdigkeitsverlust verbunden wäre. Sowohl die SNB als auch die EZB verfügen über ein Mandat zur Sicherstellung der Preisstabilität. Sekundär sollen sie der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Die EZB versucht dabei eine Punktlandung mit einem Ziel, das «nahe, aber unter 2 Prozent» liegt, die SNB peilt ein Zielband von 0 bis 2 Prozent Inflation an. Die Ausrichtung der Geldpolitik ist an die mittelfristige Erfüllung dieser Inflationsziele gebunden. Ob dies derzeit der Fall ist, zeigt regelmässig die Inflationsprognose der jeweiligen Notenbank.

Hier liegt aber das Problem: Die eigenen Prognosen von EZB und SNB zeigen keine Notwendigkeit für einen geldpolitischen Kurswechsel. Die Ausrichtung der Geldpolitik an Inflationsziel und -prognose macht die Zentralbanken berechenbar. Auch ist prinzipiell bekannt, welche ökonomischen Modelle der Inflationsprognose zugrunde liegen. Diese Berechenbarkeit macht es für die SNB oder die EZB schwierig, einen Politikwechsel durchzuführen, weil er eben der eigenen Inflationsprognose widerspräche. Das Vertrauen in die entsprechende Zentralbank würde für längere Zeit leiden, was zu Volatilität sowohl an den Finanzmärkten als auch in der Realwirtschaft führte. Notenbanken sollten jedoch zur makroökonomischen Stabilität beitragen.

Allerdings liegen die Gefahren der aktuellen Politik auf der Hand. Negativzinsen und «quantitative easing» verzerren bewusst Marktpreise. So haben sie die Risikoprämien sinken lassen, was eine Gefahr für zukünftige, gefährliche Wertkorrekturen auf den Wertpapiermärkten darstellt. Auch stehen die Zentralbanken viel stärker unter politischem Druck als auch schon. Ein Überdenken der bisherigen Geldpolitik tut daher not: Erstens stellt sich die Frage, ob die für die Inflationsprognose verwendeten Modelle korrekt mit der heutigen aussergewöhnlichen Phase «umgehen» können. So ist es nicht klar, ob tiefere Negativzinsen (bzw. das «quantitative easing») überhaupt eine deflatorische Wirkung haben. In den von Zentralbanken verwendeten Modellen ändert sich der Wirkmechanismus der Zinspolitik im negativen Bereich in der Regel nicht, obwohl eine Zinserhöhung in Richtung null kaum zu einer Erhöhung der Kreditzinsen der Banken führen würde. Diese Nichtreaktion der Kreditzinsen hat man beobachtet, als die Negativzinsen eingeführt wurden. Neuere makroökonomische Ansätze betonen überdies, dass Zinserhöhungen nach so ausgedehnten Tiefzinsphasen sogar einen positiven Einfluss auf die Inflation und die Produktivität ausüben. Für die Schweiz könnte aber ein Zinsanstieg den Franken so stark aufwerten lassen, dass doch eine negative Preisentwicklung folgte.

Zweitens müsste überlegt werden, ob die derzeitige Art der Kommunikation die beste ist. Auch wenn die SNB ein Zielband der Inflation anpeilt, teilt sie eine Punktprognose der Inflation mit. Dies bringt Berechenbarkeit, lässt aber weniger Flexibilität zu. Eine denkbare Alternative wäre die Kommunikation von Vertrauensintervallen oder von erwarteten Entwicklungen des Leitzinses. Der «Pfad» der Geldpolitik wäre damit zwar offener und für die Marktteilnehmer unsicherer, gäbe der Zentralbank aber mehr Spielraum. Im besten Fall könnte eine entsprechende Anpassung der Marktkommunikation dafür die Kommunikation zukünftiger geldpolitischer Absichten vereinfachen.

Die skizzierten Anpassungen kämen einer Änderung der gegenwärtigen geldpolitischen Strategie gleich. Eine solche kann nicht über Nacht passieren, müsste sie doch selbstredend auch in Zeiten einer geldpolitischen Normalisierung Bestand haben und den Marktteilnehmern gut begründet werden. In Anbetracht der derzeitigen Situation wären entsprechende Überlegungen im Gegensatz zu geldpolitischen Schnellschüssen aber angebracht.

**Reto Föllmi** ist Professor am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen. **Fabian Schnell** ist Forschungsleiter «Smart Government» bei Avenir Suisse.

## An unsere Leserschaft

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe  
NZZ-Postfach, 8021 Zürich  
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

## Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780  
Der Zürcher Zeitung 240. Jahrgang

### REDAKTION

**Chefredaktor:** Eric Gujer (eg)  
**Stellvertreter:** Daniel Wechlin (daw), Andreas Schürer (asä)  
**Tagesleitung:** Christoph Fisch (cf.), Andreas Schürer (asä), Daniel Wechlin (daw), Jenni Thier (thj), Benno Matti (bem)  
**International:** Peter Rásonyi (pra), Andreas Rüsch (A. R.), Andres Wysling (awy), Werner J. Marti (wjm), Andreas Ernst (ahn), Beat Bumbacher (bbu), Meret Baumann (bam), Patrick Zoli (paz.), Daniel Steinwirth (DS.), Dominique Burckhardt (dbu)  
**Schweiz:** Michael Schoenenberger (msc.), Erich Aschwarden (asa.), Christina Neuhaus (cn.), Claudia Beer (cb.), Jörg Krummenacher (kra.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Tribelhorn (trt.), Simon Hühli (hns.), Lucien Scherrer (lsc.), Helmut Stöckli (stl.)  
**Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.)  
**Bundesgericht:** Kathrin Alder (ald.)  
**Wirtschaft/Börse:** Peter A. Fischer (pfi.), Werner Er (nrz.), Ermes Gallarotti (g.), René Höltschi (ht.), Sergio Aiolfi (ai.), Thomas

Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Roccia (nrö.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Giorgio V. Müller (gvm.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Thomas Schürpf (tsf.), Zoé Inés Baches Kunz (Z. B.), Natalie Gratwohl (ng.), Werner Grundtner (gru.), Florian Catlino (fcl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsm.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Philip Bärtsch (phb.), Samuel Bürgener (sbu.), Claudia Rey (ckr.), Nicola Berger (nbr.)  
**Fuilleton:** René Scheu (rs.), Angela Schader (s.), Rainer Stadler (sw.), Urs Bühler (bu.), Stefan Hotz (sho.), Adé Kälin (ak.), Katja Baigler (ba.), Fabian Baumgartner (fba.), Jan Hudoc (jhu.), Florian Schoop (sfc.), André Müller (amü.), Daniel Fritzsche (dff.)  
**Sport:** Elmar Wagner (wag.), Flurin Catlino (fcl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsm.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Philip Bärtsch (phb.), Samuel Bürgener (sbu.), Claudia Rey (ckr.), Nicola Berger (nbr.)  
**Meinung & Debatte:** Martin Sonti (se.), Andrea Breitenstein (A. Br.), Elena Panagiotidis (ela.)  
**Wissenschaft:** Christian Spicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stefan Betschon (S. B.), Stephanie Kusma (kus.), Lena StellaMach (ls.), Helga Rietz (rz.)  
**Wochenende/Gesellschaft:** Daniel Wechlin (daw.), Susanna Müller (sm.), Herbert Schmidt (hdt.), Birgit Schmid (bsj.), Matthias Sander (msa.)  
Bildredaktion und Gestaltung: Christian Güntlisberger (cgsü.).  
**Reporter:** Marcel Gyr (-yrc.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.)

**Nachrichten:** Tobias Ochsenbein (toc.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Katrin Schrengberger (ks.), Raffaela Angstmann (ran.), Michael Schilliger (msl.), Kathrin Klette (kk.)  
**Produktionsredaktion:** Christoph Fisch (cf.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Bössler (mb.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.)  
**Webproduktion:** Michèle Schell (mi.), Roman Singer (rsi.), Susanna Rusterholz (rs.), Reto Gratwohl (grt.)  
**Visuals:** David Bauer (dav.), Beni Buess (bue.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Balz Rittmeyer (brt.), Joana Kelen (jok.)

### KORRESPONDENTEN

**Paris:** Nina Belz (nbe.), **London:** Markus M. Haefliger (mhft.), Benjamin Triebel (btr.), **Berlin:** Christoph Eisenring (cei.), Marc Felix Sarraz (fks.), Benedikt Heff (ben.), Jonas Hermann (jhm.), Hansjörg Müller (hmü.), **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **München:** Stéphane Lahrtz (slz.), **Rom:** Andreas Spalinger (spl.), **Wien:** Matthias Benz (mbe.), Ivó Nijssen (nij.), **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.), **Brüssel:** Niklaus Nuspliger (nn), Christoph G. Schmutz (sco.), **Moskau:** Markus Ackeret (mac.), Christian Steiner (cts.), **Dakar:** David Signer (dai.), **Lissabon:** Thomas Fischer (tfs.), **Istanbul:** Volker Pabst (pab.), Inga Rogg (iro.), **Beirut:** Christian Weislog (ws.), **Jerusalem:** Ulrich Schmid (U. Sd.), **Mumbai:** Marco Kauffmann Bossart (kmb.), **Sydney:** Esther Blank (esb.), **Singapur:** Manfred Rist (rti.), **Peking:** Matthias Müller (Mue.), **Tokio:** Patrick Weiler (pwe.), **Washington:** Peter Winkler (wln.), Martin Lanz (mla.), **New York:** Christiane Hanna Henkel (C. H.), **San Francisco:** Marie-Astrid Langier (lma.), **Vancouver:** Carl R. Felder (Cf.), **Rio de Janeiro:** Nicole Aniker (ann.), **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.), **San José de Costa Rica:** Peter Gaupp (pgp.)

### REDAKTIONELLE MITARBEITER

**International:** Fabian Urech (urf.), **Inland:** Angelika Hardegger (haa.), Antonio Fumagalli (fum.), Tobias Gafajer (gaf.), Michael Surber (sur.), David Vorlon (dvp.), **Bundeshaus:** Lukas Mäder (mde.), **Wirtschaft/Börse:** Andreas Uhlig (Ug.), Sylviane Chassot (syc.), Patrick Herger (pgr.), **Fuilleton:** Marion Löhndorf (mlö.), Daniele Muscionico (MD), Marion Müller (mml.), **Zürich:** Johanna Wedi (jow.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkel (len.). **Sport:** Stefan Osterhaus (os.), Michele Covello (cov.), Ulrich Pickel (pic.), Andreas Babst (abb.), **Nachrichten:** Franziska Scheven (fs.), Martina Medic (med.), Tobias Sedlmair (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Janique Weder (wej.), Manuel Frick (fma.), **Webproduktion:** Beat Grossrieder (bgr.), **Produktionsredaktion:** Urs Buess (buu.), Bodo Lamparsky (bla.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hubschmid (phf.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Steiner (bsr.), Iida Ozalp (iiz.), **Social Media:** Reto Stauffacher (stc.), Corinne Plaga (cpl.), **Visuals:** Leann von Gunten (vg.), Marie-José Kolly (mkj.), Haluka Maier-Borst (mb.), Philip King (phk.), Manuel Roth (mrt.), Anna Wiederkehr (aw.), Markus Stein (sma.), Olivia Fischer (ofl.)

### GESTALTUNG UND PRODUKTION

**Art-Direction:** Reto Althaus (ral.), **Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Sara Zeiler (sze.), Verena Tempelmann (vm.), Nicole Aebi (nae.), Rahel Arnold (raa.), **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl (rc.), Karin Hofer (hkr.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.), **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei, Andreas Steiner. **Blattplanung:** René Sommer. **Korrektur:** Yvonne Betschens. **Archiv:** Ruth Haener. **Projekte:** André Maerz (mae.)

### WEITERE REDAKTIONEN

**NZZ TV / NZZ Format:** Silvia Fleck (sfk.), Karin Moser (mok.)  
**NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Luzi Bernet (lrb.)  
**NZZ Folio:** Daniel Weber (dww.)  
**NZZ Geschichte:** Peer Teuwssen (pt.), Lea Haller (lha.)

### NZZ-MEDIENGRUPPE

Felix Graf (CEU)

### ADRESSEN

**Redaktion:** Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch  
**Verlag:** Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch  
**Leserservice:** Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice  
**Inserate:** NZZ Media Solutions, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: nzmediasolutions.ch  
**Druck:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

### PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

**NZZ Print & Digital:** 779 Fr. (12 Monate), 71 Fr. (1 Monat)  
**NZZ Digital Plus:** 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat)

**NZZ Wochenende Print:** 352 Fr. (12 Monate), 32 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

**NZZ International Print & Digital:** 550 € (12 Monate), 50 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage

**NZZ Kombi Print & Digital:** 898 Fr. (12 Monate), 82 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

**NZZ für Studierende:** 5 Fr. (1 Monat)

**Alle Preise gültig ab 13. 3. 2019**  
Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

### BEGLAUBIGTE AUFLAGE

**Verbreitete Auflage:** 111 023 Ex. (Wemf 2018)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG  
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors